

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 2. September 2020 / Mercredi matin, 2 septembre 2020

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**21 2020.RRGR.22 Motion 012-2020 Knutti (Weissenburg, SVP)
Mehr Schutz für ausgesetzte Babys**

**21 2020.RRGR.22 Motion 012-2020 Knutti (Weissenburg, UDC)
Mieux protéger les nourrissons abandonnés**

Präsident. Damit kommen wir zum Traktandum Nummer 21, einer Motion von Grossrat Knutti, «Mehr Schutz für ausgesetzte Babys». Die Regierung ist nicht bereit, diese Motion anzunehmen. Wir sind in der freien Debatte. Das Wort hat der Motionär, Grossrat Thomas Knutti.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Es war ein besonderes Erlebnis, das ich im Januar 2020 in meiner Gemeinde, in Därstetten, erlebt habe. Es war zwar nicht eine wahnsinnig kalte Nacht – es war eine Nacht mit etwa null Grad –, als am Morgen früh ein Bürger meiner Gemeinde im unserem Werkhof auf der Abfallentsorgung einen kleinen Säugling in einer Kartonschachtel fand. Und Gott sei Dank war dieser Säugling noch eingedeckt mit einer Militärwoldecke, und das hat ihm ja schlussendlich auch das Leben gerettet, weil er mit einer Woldecke eingedeckt war. Eine Nacht lang musste dieser Säugling dort auf dem Werkhof ausharren. Es ist, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht unverantwortlich, dass jemand den Gedanken haben und schon nur so etwas machen kann. Eine solche Person muss ja in einer riesengrossen Verzweiflung sein, denn unsere Ermittlungen haben nachher auch ergeben, dass die Frau, die das Kind dort ausgesetzt hat, es nebenan im Auto geboren hatte und danach wohl nicht mehr weiterwusste. Sie nahm einfach diesen Ausweg und sah schlussendlich: «Ja, jetzt bin ich gerade hier neben dem Werkhof, jetzt lege ich es dorthin.»

Wir hatten aber auch andere Fälle: Zum Beispiel wurde 2005 ein Kind in einem Einkaufswagen in Steffisburg ausgesetzt. 2012 und 2013 hatten wir zwei weitere Kinder, die ausgesetzt worden waren, auch in einem Einkaufszentrum, und das eine davon auf der Abfalldeponie in Wimmis. Einer dieser Säuglinge war leider leblos. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, solche Vorfälle müssen uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier hellhörig machen. Die Bevölkerung, die den Vorfall in Därstetten mitbekommen hat, war berührt, und ich als Gemeindepräsident habe sehr viele Anrufe und Briefe erhalten, und ich wurde natürlich auch gefragt: «Ja, was machst du jetzt als Kantonsparlamentarier? Willst du wirklich weiterhin zuschauen, dass wir weitere solche Fälle haben, die man wahrscheinlich auch nicht verhindern kann?» Ich habe gesagt: «Ich probiere, dem gerecht zu werden, ich probiere, das politische Instrument zu nutzen, das ich habe.» Und daher habe ich auch diese Motion eingereicht.

Die Antwort des Regierungsrates hat mich natürlich nicht ganz befriedigt. Ich habe gelesen, es gebe bereits eine Babyklappe im Lindenhofspital. Aber, geschätzte Anwesende, im Lindenhofspital sind seit der Eröffnung drei Babys ausgesetzt worden, und ich frage Sie einfach an: Was wäre mit diesen Babys geschehen, wenn wir jetzt im Lindenhofspital keine Babyklappe gehabt hätten? Es ist richtig, wie es der Regierungsrat in der Antwort zitiert: Die Spitäler können selbst entscheiden, ob sie eine solche Babyklappe installieren wollen oder nicht, und es gibt ja auch gewisse Signale ... Ich sage nicht, dass es eine weitere Babyklappe im Berner Oberland sein müsste – darum haben wir in der Motion auch geschrieben, einfach eine weitere Babyklappe im Kanton Bern, und ich bin der Meinung, das wäre gerechtfertigt. Es gibt ja diese Stiftung Schweizerische Hilfe für Mutter und Kind (SHMK), und diese hat ja bereits signalisiert – das wäre vielleicht auch der Weg, den man dem Regierungsrat aufzeigen könnte –, dass sie sogar bereit wäre, dies zu finanzieren, und dann könnte man vielleicht zusammen mit dem Regierungsrat irgendwo ... Es wäre natürlich angebracht, da wir im Berner Oberland verschiedene Fälle hatten, wenn man es vielleicht dort machen würde.

Die Kosten belaufen sich laut Aussagen des Präsidenten dieser Stiftung auf rund 50 000 Franken, und ich glaube, dann wäre es nicht zu viel verlangt, wenn man hier den Entscheid fällen würde:

Doch, im Kanton Bern verträgt es eine weitere Babyklappe, um Vorfälle, wie sie auch in Därstetten geschehen sind, zu verhindern. Wir sprechen hier von Säuglingen, Kolleginnen und Kollegen, und diese können schlussendlich nichts dafür – sie können absolut nichts dafür –, wenn sie ein solches Schicksal überleben müssen. Ich bin der Meinung, wir sollten das Bestmögliche machen, und darum bitte ich Sie, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Präsident. Das Wort hat die Mitmotionärin, Grossrätin Gschwend.

Andrea Gschwend-Pieren, Kaltacker (SVP). Mit Bestürzung haben wir im Januar dieses Jahres vom ausgesetzten Baby in Därstetten Kenntnis genommen. Über eine solche Tat kann man nur verständnislos den Kopf schütteln. Und wir sind uns sicher einig: Das darf nicht passieren. Was können wir hier in diesem Saal tun? Die Möglichkeit einer vertraulichen Geburt ist sicher eine Variante. Für viele Frauen ist es aber sicher immer noch eine Hürde, in ein Spital gehen zu müssen, und die Frage der echten Anonymität steht auch im Raum. Die Möglichkeit einer vertraulichen Geburt und Babyfenster sollen sich aber nicht konkurrenzieren oder sogar ausschliessen. Die Institution SHMK schreibt, dass sie Interesse hat an einer besseren Abdeckung des Kantons Bern mit Babyfenstern. Schon heute betreibt sie, zusammen mit der Lindenhof-Gruppe, das einzige Babyfenster im Kanton. Mein Vorredner hat es bereits gesagt: Die entsprechenden Kosten von rund 50'000 Franken trägt diese Institution, und sie deckt sie durch private Spendeneinnahmen ab, was vorbildlich ist. Die Institution sagt, dass es im grossen Kanton Bern durchaus denkbar ist, zum Beispiel in der FMI-Klinik in Interlaken ein weiteres Fenster zu eröffnen, und würde das begrüssen. Aus Erfahrung wissen sie, dass ein Babyfenster ein Einzugsgebiet von rund 50 Kilometern hat. Mit einem zusätzlichen Babyfenster können wir nicht garantiert verhindern, dass Babys weiterhin ausgesetzt oder sogar getötet werden. Den Gang zum Spital, zum Babyfenster, muss noch immer die Kindsmutter machen. Wir können aber wenigstens ermöglichen, dass das Angebot besteht, und so eine Chance schaffen. Ich bitte Sie darum, der vorliegenden Motion zuzustimmen, und danke Ihnen.

Präsident. Wir schauen, wie die Fraktionen dies beurteilen: als Erster Grossrat Samuel Kullmann für die EDU-Fraktion.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Die EDU-Fraktion hat sich sehr gefreut über den Vorstoss von Thomas Knutti und dankt ihm herzlich, dass er dieses Thema aufgegriffen hat. Wir finden es ein wichtiges Anliegen. Wir finden es schön, wird hier darüber geredet und wird über Alternativen geredet, wie man möglichst schauen kann, dass einem Kind ein solches Schicksal erspart werden kann. 2014, im April, wurde das erste Mädchen in der Babyklappe in Bern «geboren», 3400 Gramm, 54 cm; 2015 ein zweites Mädchen; 2016 ein drittes Mädchen. Sie sind jetzt sechs, fünf und vier, und ich gehe davon aus, dass sie an einem guten Ort, bei einer liebenden Pflegefamilie sind oder Adoptiveltern gefunden haben. Damit dies geschehen konnte, brauchte es eben zuerst die Babyklappe, und natürlich werden diese Mädchen, wenn sie älter werden, sicher ein Leben lang den Schmerz spüren davon, dass die Mutter – oder in diesem Zusammenhang ist häufig auch an einen abwesenden Vater zu erinnern – das Kind nicht nehmen konnte, dass sie es irgendwie ausgesetzt oder abgegeben hat. Und doch haben diese drei Mädchen das Leben geschenkt bekommen und konnten weiterleben. Der EDU-Fraktion ist es ein höchstes Anliegen, dass die Anzahl der Abtreibungen reduziert werden kann, in der Schweiz, im Kanton Bern, dass das ungeborene Leben möglichst gut geschützt werden kann. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Babyklappe als sehr wichtigen Teil des Puzzles, das Alternativen bietet, die wir sehr unterstützen, und deshalb hier auch beliebt machen, den Vorstoss anzunehmen.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Auch die Fraktion EVP unterstützt das Anliegen dieser Motion und ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht einverstanden. Auch wir hatten Kontakt mit der Stiftung SHMK, mit ebendieser Stiftung, die das Babyfenster im Lindenhof eingerichtet hat. Auch aus Sicht dieser Fachorganisation würde mindestens ein Fenster im Raum Thun oder Interlaken und eventuell sogar ein weiteres im Berner Jura Sinn machen, und dies aus folgenden Gründen – Andrea Gschwend hat es zwar bereits gesagt, aber manchmal macht es nichts, wenn man etwas wiederholt hört –: Babyfenster haben einen Wirkungskreis von etwa 50 Kilometern Radius. Sowohl das Berner Oberland wie auch der Berner Jura liegt ausserhalb dieses 50-Kilometer-Radius. Laut Aussage der Stiftung würden sie ein solches Fenster vollumfänglich finanzieren. Im Kanton Bern gab es in den letzten 15 Jahren 6 Bébés, die ausgesetzt oder getötet wurden. Sie sind möglicher-

weise nicht in ein Babyfenster gekommen, weil es in der Region kein Babyfenster gab. Dies war in Därstetten, in Reconvilier, in Strättligen bei Thun, in Wimmis und zweimal in Steffisburg der Fall. Die Fraktion EVP findet, dass es 6 Bébés zu viel waren, die ausgesetzt wurden. Und jeder dieser Fälle ist in unseren Augen eine Tragödie für diese Kinder. Zum Glück sind nicht alle, die ausgesetzt wurden, gestorben.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass sich solche Fenster in einem rechtlichen Graubereich befinden. Wir sind aber einer Meinung mit Frau Simonetta Sommaruga, die 2016 sagte, dass das Recht auf Leben eines Kindes höher einzustufen sei als sein Recht auf die Kenntnis seiner leiblichen Herkunft oder die Meldepflicht der Mutter. Ein Babyfenster hat denn auch nur ein Ziel: Kindesaussetzungen und Kindstötungen vermeiden zu helfen. Das schliesst für uns aber nicht aus, dass wir auch die vertrauliche Geburt unterstützen und dass auch diese unterstützt werden soll, wie das der Kanton Bern eben andenkt. Wir wollen aber das eine tun und das andere nicht lassen. Die vertrauliche Geburt ist nicht für die gleiche Klientel gedacht. Bei einer vertraulichen Geburt muss die Mutter, die ihr Kind zur Adoption freigibt, nach sechs Wochen persönlich bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vorbeigehen und die Freigabe erklären. Nach zwölf Wochen muss sie noch einmal zur KESB gehen und auch auf den Widerruf auf die Freigabe verzichten. Sie begegnet also im Spital und auch nachher mehreren Fachpersonen. Schliesslich wird ja das Kind mit 18 von der KESB über die Mutter informiert, was unter Umständen zu unerwünschten Begegnungen führen kann. Frauen, die ihr Bébé entweder aussetzen oder in ein Babyfenster legen, wollen eben genau diese Art von Vertraulichkeit nicht. Es stimmt: Babyfenster lösen nicht alle Probleme. Die Mutter kann damit nicht betreut und versorgt werden, das ist klar, aber wir unterstützen die Motion trotzdem und sind dabei überzeugt, dass weitere Babyfenster Leben retten können.

Und noch etwas zur Rolle des Kantons: Ich gebe es zu, die Fraktion EVP sieht ein, dass der Kanton den Spitälern eine solche Installation nicht direkt verordnen kann, aber wo ein Wille ist, ist ein Weg. Ich bin sicher, dass es eine Möglichkeit gäbe, eine unterstützende Rolle einzunehmen. Die Fraktion EVP unterstützt diese Motion.

Beatrice Eichenberger, Biglen (BDP). Der Vorfall von Därstetten, der diese Motion ausgelöst hat, ist absolut tragisch. Jedes Schicksal dieser Art, das ja meistens eine längere Geschichte hat, ist eines zu viel. Ich bin aber froh, dass wir im 21. Jahrhundert leben dürfen, sehr aufgeklärt sind und umfassend Betreuung beanspruchen dürfen. Es braucht schon eine ausserordentliche Verzweiflung für eine solche Handlung, aber wie eben gesagt: Es gibt gute Beratungsangebote und umfassende Betreuungen. Das stand denn bei der Diskussion in unserer Fraktion, entsprechend der Antwort des Regierungsrates, klar und deutlich im Vordergrund: dass die Grundlage für die sogenannt vertrauliche Geburt geschaffen werden soll. So gäbe es dann eben für die Frau beziehungsweise für die werdenden Eltern Möglichkeiten, mit denen sowohl die Mutter wie auch die Kinder gut umsorgt werden, weil die Frau gerade auch während einer Geburt, die sie allein vollzieht, grossen Risiken ausgesetzt ist. Eine weitere Babyklappe zu eröffnen, ist unserer Ansicht nach nicht die Lösung, um eine solche Verzweiflungstat verhindern zu können. Die BDP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Es gibt aber einzelne Stimmen, die ein Postulat unterstützen würden.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Ich glaube, was wir jetzt schon gehört haben, ist: Wir sind uns einig, dass eine solche Babyklappe, ein Babyfenster, wahrscheinlich die Ultima Ratio ist für eine Frau, die ein Kind geboren hat, schon nur ... Ich meine: Ein Kind gebären ist ein Stress, und dann kommt nachher dieser Stress noch dazu. Ich glaube, es ist für eine Mutter in einer solch desolaten Situation die Ultima Ratio, eine Notlösung – statt Aussetzung oder sogar Kindstötung – in Kauf zu nehmen.

Es gibt in der Schweiz acht Babyklappen; eine beim Lindenhof, da hinten beim Bremgartenwald. Unserer Meinung nach – weil so eine Babyklappe die Ultima Ratio für eine Frau ist, die geboren hat – ist dies genügend. Wir sind aber auch sehr positiv überrascht – also, nicht überrascht: Wir wissen, dass die Gesetzgebung, die es braucht, um eine vertrauliche Geburt zu machen, jetzt forciert wird, damit wir die rechtlichen Grundlagen haben. Denn: Denken Sie nicht nur an die Mutter, denken Sie auch ans Kind; das Kind, das nicht weiss, woher es kommt. Das ist eine Riesenbelastung. Das ist eine psychische Belastung, da kann jeder ein Geschichtlein davon erzählen. Das ist eine psychische Belastung, die das Kind bis weit über das Erwachsenenalter hinaus, bis über zwanzig hinaus, verfolgen und immer mehr bedrücken wird. Dort muss man also auch die kindliche Seite, nicht nur die mütterliche Seite bedenken. Wir von der glp finden die gesetzlichen Grundlagen für eine vertrauliche Geburt eine maximal gute Lösung für beide Seiten. Darum sind wir einverstanden der Regie-

rung, die sagt: Eine Klappe im Kanton sollte für die Ultima Ratio genügend sein. Wir müssen andere Wege pushen, damit es nicht nur für das Kind im Moment eine gute Lösung ist, sondern auch, weil es eine vertrauliche Geburt ist. Der verzweifelte Mutter kann nach der Geburt geholfen werden, denn sonst ist diese Mutter einfach auf sich gestellt und muss selber weiterwursteln im Leben. Stellen Sie sich vor: Auch für die Mutter ist das eine Riesenbelastung. Also, noch einmal: Die vertrauliche Geburt muss das höchste Ziel sein, um das grösste Unglück zu verhindern. Die glp lehnt diese Motion grossmehrheitlich ab.

Alexander Feuz, Bern (SVP). Die SVP unterstützt diese Motion ganz klar grossmehrheitlich. Worum geht es? Es geht darum, dass man erstens im Kanton Bern an geeigneten, sinnvollen Standorten mindestens eine weitere Babyklappe eröffnet, und dass man zweitens präventiv auf diese Babyklappe aufmerksam macht.

Ich komme zuerst zum Ersten: Ich gebe den Gegnern recht, dass das keine ideale Lösung ist. Es gibt aber Leute, die eben die vertrauliche Geburt auch nicht wollen – wir haben es gehört von Kollegin Grossrätin Schnegg –, die das nicht wollen, die diesen Kontakt und diese Belastung nicht wollen. Diese Leute sind in einer Ausnahmesituation, und wenn sie das Kind in einer Klappe abgeben, dann überlebt es. Wenn sie aber das Kind aussetzen, stirbt es, und wir haben die tragischen Folgen. Ich habe noch die Hoffnung, dass sich eine Frau nachher wieder meldet, wenn sie das Kind in einer Babyklappe abgegeben hat, und dann kann man das Kind retten. Daher sage ich: Es ist keine ideale Lösung, aber in Sinne des Kindes, damit das Kind überlebt, müssen wir es machen. Bei der vertraulichen Geburt – ich sage es noch einmal – gibt es eben doch Vorbehalte: Die Frau ist in einer Ausnahmesituation, entscheidet dann vielleicht falsch, macht in der Panik etwas Falsches. Die andere Lösung hilft, dass ein Kind überleben kann, und dann haben wir vielleicht auch die Chance, dass sich die Mutter später, wenn es ihr besser geht, wenn sich ihre Notsituation verbessert hat, vielleicht sogar wieder meldet und sagt: «Ich habe vor vier Jahren in einer Klappe in Reconville ein Kind abgegeben», oder wo immer, und dann hat man nachher wieder den Punkt erreicht.

Ich komme noch ganz kurz zum zweiten Punkt, der mir auch wichtig ist: Man soll präventiv auf diese Babyklappe aufmerksam machen. Es nützt nichts, Gutes zu tun und nicht davon zu reden. Darum ist für mich ganz klar auch dieser zweite Teil des Vorstosses wichtig, damit man dies in geeigneter Form, in einfacher Form, kundtut. Das sind die Argumente der Mehrheit der Grossratsfraktion. Ich bitte Sie, diese zu unterstützen.

Präsident. Pour le groupe PS-JS-PSA, Mme Samantha Dunning.

Samantha Dunning, Biel/Bienne (PS). Tout d'abord, je me rallie totalement aux propos de Franziska Schöni-Affolter. Le groupe PS-JS-PSA rejette la motion autant pour le point 1 que pour le point 2.

Concernant le point 1 : comme le Conseil-exécutif le relève dans sa réponse, la mise à disposition de boîtes à bébé dépend de la volonté des hôpitaux et ceci ne fait pas partie du mandat de prestation du canton. Mais l'argument qui est le plus important pour nous, c'est que la mise à disposition de boîtes à bébé n'est pas une solution optimale, car la mère ou les parents abandonnant leur enfant ne bénéficient pas du suivi psycho-social nécessaire et l'enfant ne bénéficie, lui, pas de la possibilité de connaître ses origines alors que c'est un élément extrêmement important pour la construction de soi, comme enfant, comme adolescent, et plus tard comme adulte. Il nous semble alors primordial de nous concentrer sur l'accouchement confidentiel et de le mettre en place le plus vite possible. D'ailleurs, cette solution, qui non seulement propose un suivi psycho-social pré et postnatal, permet aussi un accouchement sous surveillance médicale, ce qui n'est pas négligeable. C'est pourquoi nous rejetons ce premier point en faveur d'une solution plus favorable.

Concernant le point 2 : nous sommes d'avis qu'il est nécessaire que les futurs parents ou mères – si elles sont seules à faire face à une grossesse – soient bien informés des différentes possibilités existantes, même lorsqu'une grossesse n'est pas désirée. Mais comme nous ne sommes pas pour l'élargissement de l'offre de boîtes à bébé, nous allons rejeter ce point. En revanche, nous appelons le canton à mettre en place rapidement une campagne d'information. D'ailleurs, aussi lorsque l'accouchement confidentiel sera mis en place.

Marianne Teuscher-Abts, Roggwil (FDP). Vor dem Hintergrund des schlimmen Vorfalles in der Gemeinde Därstetten habe ich wirklich Verständnis für diese Motion. Verzweifelte Mütter sollten die

Chance haben, ihren Säugling in einer Babyklappe bei einem Spital zu deponieren, als letzte Notlösung, um das Leben eines Neugeborenen zu schützen. Die Regierung zeigt auf, dass es in der Schweiz aktuell acht solche Babyfenster gibt, davon eines im Kanton Bern, nämlich beim Lindenhofspital in Bern. Sieben von acht Babyklappen werden privat geführt, ohne finanzielle Beteiligung des Kantons. Selbstverständlich sind solche Babyfenster aber nicht einfach problemlos; das kommt in der Antwort des Regierungsrates deutlich zum Ausdruck. Der Mutter wird so nicht wirklich geholfen. Schon heute sind die Informationen und die Anlaufstellen für werdende Mütter in Not umfassend und flächendeckend ausgebaut, zum Beispiel das Projekt vertrauliche Geburt. Kollegin Franziska Schöni-Affolter hat dies sehr gut erklärt. Die Mehrheit der FDP-Fraktion geht mit der Regierung einig und lehnt diese Motion ab.

Präsident. Für die grüne Fraktion: Grossrätin Christa Ammann.

Christa Ammann, Bern (AL). Ich habe mehrere Jahre in der Krisenintervention gearbeitet, und ich verstehe: Je jünger das Kind, desto grösser die Erschütterung. Denn: Je kleiner, desto hilfloser sehen sie einfach aus. Dementsprechend ist klar, dass es eine grosse Debatte darüber gibt, was da mögliche richtige Antworten sind und was vielleicht auch nicht. Das passiert aus einer emotionalen Betroffenheit, aus der man irgendwie helfen will und nachher halt etwas zu machen probiert.

Die grüne Fraktion ist der Meinung, dass mehr Klappen die Not nicht lösen und in dem Sinne nicht die richtige Antwort sind auf diese Kindsaussetzungen, sondern dass eben – wie es auch der Regierungsrat sagt – die vertrauliche Geburt gefördert werden beziehungsweise vorangetrieben werden muss. Dies ist eine wichtige Ergänzung und müsste dementsprechend möglichst schnell realisiert werden, um eben verschiedene Angebote zu haben, denn: Man muss sich auch bewusst sein, dass bei einer unerwünschten Schwangerschaft eben die individuellen Faktoren – ist man völlig allein, was hat man sonst allenfalls noch für Belastungssituationen, welches soziale Netz hat man? – einen wahnsinnigen Einfluss darauf haben, wie man dann reagiert. Man muss sich auch bewusst sein, dass in einer solchen Situation eine Mutter in einer akuten Krise ist und einen totalen Stress hat, wenn sie sich entscheidet, ihr Kind auszusetzen, sei das jetzt in einer Babyklappe oder sei das an einem anderen Ort. Ob die Aussage des Regierungsrates stimmt, dass die Mutter den Weg schon auf sich nehmen würde, wenn sie das so möchte, sei dahingestellt, weil es ja auch an finanziellen Mitteln scheitern kann oder eben am Nichtwissen, dass es dieses Angebot in Bern überhaupt gibt. Aber dennoch: Wenn man noch nicht dermassen im Stress ist, dass man noch abwägen kann, wo denn ein guter Platz sein könnte ... Wir haben es gehört: Es gibt Situationen, in denen es quasi in einem Geschäft passiert, das eben weniger schwer auffindbar ist, was ja auch zeigt, wie unterschiedlich die Umgangsweisen in einer solchen Krisensituation sein können. Dementsprechend folgen wir beim ersten Punkt der Regierung und lehnen diesen auch ab, weil wir das Gefühl haben, es ist wichtiger, dass jetzt noch die vertrauliche Geburt als Ergänzung kommt.

Wenig Verständnis haben wir jedoch bei der Antwort auf Punkt 2. Wir sind nicht der Meinung, dass die Information, dass es dieses Angebot gibt, dies fördert. Man muss sich bewusst sein, dass es unterschiedliche Zielgruppen sind: Personen, die in der Lage und bereit sind, Beratung auf sich zu nehmen, oder Personen, die einfach das Gefühl haben: «Ich muss da alleine durch und brauche irgendeine Lösung.» Das ist nicht die gleiche Zielgruppe, und dann zu sagen: «Ja, wenn man das weiss, wird es viel mehr genutzt», so nach dem Motto: «Was noch zu beweisen wäre.» Wenn es schon diesen zwölfsprachigen Flyer gibt, ist es total unverständlich, wieso man die Information «Übrigens, es gibt noch diese Babyklappe in Bern» nicht einfach auch noch darauf druckt. Das ist ein dermassen kleiner Aufwand, und das könnte in einem völlig anderen Moment des Prozesses – denn das eine ist ja eher noch während der Schwangerschaft, und das andere ist, wenn das Kind schon da ist ... Dass man dies nicht ergänzen will, ist aus unserer Sicht völlig unverständlich. Dementsprechend wären wir bereit, den zweiten Punkt als Motion anzunehmen, den ersten lehnen wir ab.

Präsident. Damit sind wir am Ende der Fraktionsvoten. Ich würde dieses Geschäft gerne noch fertig behandeln. Regierungspräsident Schnegg muss am Mittag gehen, und wir machen das jetzt noch. Der Motionär wird nach der Regierung reden. Als Einzelsprecherin: Grossrätin Speiser.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP). Auch ich bin im Simmental wohnhaft, und wir waren sehr betroffen von der Situation, die es im Januar dieses Jahres gegeben hat. Ist die Antwort Baby-

klappe die Antwort auf das Problem, mit dem wir hier zu kämpfen haben? Ich glaube, als Gesellschaft und als Politiker müssen wir uns die Frage stellen, welche präventiven Massnahmen wir zur Verfügung stellen können, um solche Situationen verhindern zu können. Es wurde mehrmals ange-tönt: Das Thema vertrauliche Geburt ist aus meiner Sicht eine ganz dringende Angelegenheit in dieser ganzen Sache, wenn wir bedenken, dass die Vorhalteleistungen für Spitäler, die Geburtshilfe machen, und für Geburtshäuser, sehr gross sind, weil Kinderkriegen ja offensichtlich eine sehr gefährliche Sache ist. Da können ganz viele Sachen passieren – und gleichzeitig reden wir von einer Babyklappe, wo wir die Mütter mit den Kindern allein irgendwo in der Natur lassen und die Geburt quasi stattfindet. Dort können ganz viele Sachen passieren. Sowohl Baby wie auch Mutter können grosse Schäden davontragen, bis zum Tod. Die vertrauliche Geburt ist aus meiner Sicht ganz klar eine Antwort auf ein Thema, das unsere Gesellschaft sehr wohl etwas angeht. Wenn wir dieses Thema in der Überarbeitung des Spitalversorgungsgesetzes (SpVG) wirklich gut positionieren können, ist das für mich eigentlich eine gute Antwort.

Fünzig Kilometer Radius für eine Babyklappe: Wie viele Babyklappen müssten wir dann im Kanton Bern effektiv haben? Dann reichen auch nicht zwei. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn jetzt Interlaken allenfalls eine Babyklappe bekommt, und wir hätten einen solchen Fall im Saanenland oder an der Lenk, dann muss ich Ihnen sagen: Ich glaube nicht, dass die Mutter aus der Lenk oder aus Lauenen nach Interlaken fährt, um das Baby in diese Klappe zu legen. Also: Wir haben ein ganz anderes Problem, das wir aus meiner Sicht dringendst anpacken müssen. Und Informationen: Ich bin auch der Meinung, dass wir dort noch besser werden können, vor allem, dass man diesen Frauen wirklich eine Hilfe anbietet. Mir ist bewusst, dass viele Frauen nicht zum Frauenarzt gehen, aus welchen Gründen auch immer, und die Geburt irgendwo anonym oder im Versteckten machen wollen. Für mich ist aber die Lösung des versteckten Gebärens für eine Mutter und für ein Kind kein guter Weg. Ich werde den Punkt 1 ablehnen und den Punkt 2 annehmen.

Präsident. Je passe la parole au président du Conseil-exécutif.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. Je crois que personne dans cette salle ne peut se représenter le désespoir d'une mère qui abandonne son enfant. Et je comprends qu'un tel sujet génère beaucoup d'émotions et que nous nous devons de trouver les meilleures réponses à apporter à de telles situations. Aujourd'hui, le canton de Berne dispose d'une boîte à bébé. Elle est installée à l'hôpital du Lindenhof, ici à Berne. Les hôpitaux dans le canton de Berne sont libres d'offrir de tels dispositifs. Au niveau des coûts, on l'a entendu, ils sont pris en charge majoritairement par la fondation Aide suisse pour la mère et l'enfant (ASME). Toutefois, nous sommes d'avis que la meilleure réponse que nous pouvons apporter à ces femmes et à l'enfant reste la solution de pouvoir accoucher de manière confidentielle dans les hôpitaux du canton, ce qui signifie : avec tout le suivi avant l'accouchement, pendant l'accouchement et après l'accouchement. Parce que lorsqu'une personne est amenée à abandonner son enfant, elle a besoin de pouvoir être suivie par des professionnels. Quant à la distance, et ce qui a été dit précédemment, permettez-moi quand même de relever que si une boîte à bébé avait été installée à Interlaken à l'hôpital fmi (Spitäl Frutigen Meiringen Interlaken [fmi]), la différence de trajet aurait été de 8 minutes. Je ne crois pas que c'est l'argument qui aurait fait que cette personne se serait plutôt dirigée vers Interlaken et qu'elle ne l'a pas fait parce que Berne était trop loin. Et si nous prenons tous les cas qui ont été mentionnés dans la motion, il n'y en a aucun qui se trouve à plus de 46 minutes de Berne, y compris si on tient compte du cas de Reconvilier. Donc, je ne crois pas que plus de boîtes à bébé amélioreraient la situation. Nous sommes convaincus que l'accouchement de manière confidentielle est une véritable réponse pour ces mères en détresse. Et d'un autre côté, le travail a bien avancé, vous allez bientôt pouvoir en débattre dans le cadre de la loi sur les soins hospitaliers. Merci de votre attention, le gouvernement vous invite donc à rejeter cette motion.

Präsident. Bevor wir zur Beschlussfassung kommen, eine Information: Wir werden punktweise abstimmen. Es sind verschiedene Votanten differenziert darauf eingegangen. Zuerst aber noch einmal der Motionär.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Nur kurz: Ich möchte mich für die Diskussion bedanken. Ich möchte einfach noch zwei Sachen feststellen: Ich habe nichts gegen die vertrauliche Geburt. Es ist eine gute Sache, dass dies gemacht wird, aber ich kann einfach für den Fall von Därstetten reden, und dieser Fall ... Dort nützt auch die vertrauliche Geburt nichts. Die Frau war dermassen in einer

Verzweiflung, auch unter Einfluss von Drogen, Alkohol, und da können Sie nicht davon ausgehen ... Ich möchte aber hier natürlich auch nicht als sogenannter Geburtsspezialist auftreten. Jene, die vielleicht noch unsicher sind, möchte ich aber bitten, noch einmal in Erwägung zu ziehen ... Eben, ich habe es gesagt: Die SHMK ist bereit, dies im Kanton Bern zu finanzieren, und das sollte doch ein Grund sein, dass wir jetzt Ja sagen. Es wäre ein schlechtes Signal, wenn wir es jetzt ablehnen, denn dann geschieht vermutlich gar nichts. Es entstehen dem Kanton Bern absolut keine Kosten. Daher bitte ich Sie, sich einen «Mupf» zu geben und Ja zu drücken.

Präsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Traktandum Nr. 21, eine Motion von Grossrat Thomas Knutti, «Mehr Schutz für ausgesetzte Babys». Wer den Punkt 1 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.22; Ziff. 1)
Vote (2020.RRGR.22 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 47

Nein / Non 95

Enthalten / Abstentions 3

Präsident. Sie haben diesen Punkt abgelehnt, mit 95 Nein- gegenüber 47 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Dann noch zur Ziffer 2: Wer diese als Motion annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.22; Ziff. 2)
Vote (2020.RRGR.22 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 90

Nein / Non 50

Enthalten / Abstentions 5

Präsident. Sie haben den Punkt 2 angenommen, mit 90 Ja- gegenüber 50 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Ich habe es angetönt: Regierungspräsident Schnegg muss heute Nachmittag zwingend einen externen Termin wahrnehmen. Deswegen verabschiede ich ihn und seine Mitarbeiter, zumindest temporär. Wir fahren um 13.30 Uhr weiter mit den Geschäften der FIN. Vorher wünsche ich Ihnen einen guten Appetit und einen angenehmen Mittag.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 11.50 Uhr. / Fin de la séance à 11 heures 50.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices

Katrin Burkhalter (d)

Ursula Ruch (f)